



Sozialdemokraten und Bundeswehr-Reform

Von Rainer Arnold,
Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Sozialdemokraten sind keine Gegner der geplanten Bundeswehrreform, im Gegenteil. Auch wenn nicht alles neu ist - Vieles von dem, was die so genannte Weiskommission Ende Oktober 2010 in ihren Abschlussbericht geschrieben hat, ist richtig, und es bedarf einer Veränderung. Uns Sozialdemokraten war immer klar, dass der Umbau der Bundeswehr weitergeht, dass an vielen Stellen nachjustiert werden muss. Speziell im Ministerium gibt es innerhalb der Führungsstäbe Doppelstrukturen, die schon in dem „Van-Heyst-Bericht“ aus dem Jahr 2008 aufgezeigt worden sind. Die darin identifizierten Schwachstellen und die Empfehlungen zu Effizienzsteigerung in den Führungsstrukturen sind übrigens noch immer nicht umgesetzt worden... Im Prinzip handelt es sich bei der aktuellen Guttenbergschen Reform um eine Fortschreibung der 2002 von Rudolf Scharping und Peter Struck begonnenen Transformation der Bundeswehr.

1. Keine Reform ohne seriöse Finanzierung

Sowohl Soldatinnen und Soldaten als auch zivile Beschäftigte der Bundeswehr verdienen unsere Fürsorge und Anteilnahme. Wir wissen, dass den Angehörigen der Bundeswehr durch die Doppelbelastung als Armee im Einsatz und im Reformprozess eine Menge abverlangt wird. Aus dieser Verantwortung heraus begleiten wir die geplante neue Struktur der Bundeswehr konstruktiv und mit großer Aufmerksamkeit, auch als Opposition. Zumal die neue Struktur mit der Aussetzung der Wehrpflicht gravierende Folgen nicht nur für die Angehörigen der Bundeswehr hat: Was immer die Bundesregierung jetzt beschließt, wird Auswirkungen auf die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik der kommenden Jahr-zehnte haben. Deshalb wollen wir den laufenden Transformationsprozess dort nachjustieren, wo es notwendig ist.

Die Äußerung von Bundesminister zu Guttenberg, den Umfang der Bundeswehr auf bis zu 185.000 Soldaten zu reduzieren, begrüßen wir. Hätte die von zu Guttenberg ursprünglich favorisierte Zahl von nur 163.500 Soldaten doch bedeutet, dass die Bundeswehr zu einer reinen Expeditionsarmee verkümmert wäre. Auf unsere Kritik und unsere Einwände hin haben sich das Auswärtige Amt und die Kanzlerin hier durchgesetzt. Auch auf andere Verbesserungsvorschläge von den Sozialdemokraten wurde reagiert, wie das angekündigte Attraktivitätsprogramm. Gute, schlüssige und tragfähige Strukturen müssen aber auch finanziell unterlegt sein. Das ist hier nicht der Fall und das ist schon der erste und entscheidende Kritikpunkt.

Die Soldatinnen und Soldaten finden kein Vertrauen zu der Reform, wenn die entscheidende Frage



nach der Finanzierung ausbleibt. Das betrifft natürlich auch den neuen freiwilligen Wehrdienst. Wenn der neue Dienst für junge Männer und Frauen aber nicht erkennbar attraktiv wird, bleiben die Stellen vakant. Ein Attraktivitätsprogramm für die Bundeswehr kostet nach Schätzungen von Haushaltsexperten rund 1 Mrd. Euro.

Auch die wohlfeilen Worte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bleiben pure Sonntagsrede, wenn nichts zu ihrer Finanzierung gesagt wird. Der Verteidigungsminister selbst war es doch, der mit großem Pomp einen so genannten Paradigmenwechsel einleitete, mit den Worten, die „conditio sine qua non“ bleibe die Konsolidierung des Bundeshaushalts. Er selbst wollte sich mit Einsparungen von bis zu 8,3 Milliarden Euro an die Spitze der Bewegung stellen. Genau dies bleibt er nun schuldig. Die Bundeskanzlerin hingegen besteht auf den vorgegebenen Einsparungen und mahnt ihre Einhaltung an. Hier drückt sich der Minister. Kein Wort von ihm, dessen Credo ‚Wahrheit und Klarheit‘ ist. Kein Wort, wie Mehrausgaben und Sparauflagen in Einklang zu bringen sind. Wie soll hieraus Vertrauen erwachsen?

Vieles, was aktuell diskutiert wird, ist nicht neu, Vieles wurde von uns schon vor Jahren gefordert. So darf es bei der Befähigung zum Eigenschutz, zur Interoperabilität und zum multinationalen Zusammenwirken mit Bündnispartnern keine Abstriche geben. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der unter Peter Struck formulierten Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2003 und des Weißbuches von 2006 haben weiterhin Gültigkeit. Das heißt, die wesentlichen Parameter für den Streitkräfteumfang bleiben die multinationale Einbindung der Bundeswehr im Rahmen der europäischen Integration, der transatlantischen Partnerschaft und der globalen Verantwortung Deutschlands. Natürlich wirkt sich der Finanzrahmen auch auf die Ausgestaltung der Streitkräfte aus – er darf aber nie das alleinige Merkmal für Umfang, Struktur und Auftrag der Bundeswehr werden

Eine nochmalige drastische Reduzierung des Personalumfangs würde zu zahlreichen Standortschließungen führen. Es muss alles getan werden, um Standortreduzierungen auf ein Minimum zu beschränken. Die Länder, Kommunen und Gemeinden sind selbstverständlich mit einzubeziehen.

2. Gesamtkonzept für alle freiwilligen Dienste

Nach monatelanger reformpolitischer Geisterdebatte schien der Verteidigungsminister langsam zur Besinnung zu kommen. Noch im Juni 2010 hatte zu Guttenberg beschlossen, die Wehrpflicht zum 1.10.2010 auf sechs Monate zu verkürzen. Diese Umstellung führte zu beträchtlichem Chaos und erheblicher Unruhe in der Bundeswehr. Uns war von Beginn an klar: Das ist der Einstieg in den Ausstieg. Dass zu Guttenberg das SPD-Konzept eines freiwilligen Wehrdienstes für sich entdeckte, erschien wenigstens als Lichtblick.

Damit ist es vorbei: Schwarz-Gelb will jetzt sowohl den Wehr- als auch den Zivildienst durch einen sogenannten freiwilligen Dienst ersetzen. Für den Wehrdienst sollen sich junge Männer und Frauen für einen Zeitraum von 12 bis 23 Monaten verpflichten können. Der neue Zivildienst soll zwischen sechs und 24 Monate dauern. Ob diese Zeit für das Studium, die Rente oder als Praktikum anerkannt werden kann, ist weiter offen. Hier sollen sich die Länder bemühen, Anreize zu schaffen. Über eine Anrechnung auf die gesetzliche Rente, wie wir sie vorgeschlagen haben, gibt es gar keine Klarheit. Ein Konzept aus einem Guss sieht anders aus, hier macht jeder seins.

Doch das ist der falsche Weg. Mit den Jugendfreiwilligendiensten haben wir bereits seit vielen Jahren



bewährte Strukturen für junge Menschen, die sich für das Gemeinwohl engagieren möchten. Mit dem Konzept der beiden Ministerien werden nur neue, teure Doppelstrukturen aufgebaut. 300 Millionen Euro will Bundesministerin Schröder allein in den „freiwilliger Zivildienst“ pumpen. Das Geld ist bei den bestehenden Freiwilligendiensten besser aufgehoben. Denn für die Jugendfreiwilligendienste sind im Bundeshaushalt 2011 nur 50 Millionen Euro eingestellt. Auch die Länder laufen zu Recht Sturm gegen diesen Blindflug. Sie fordern einen einheitlichen freiwilligen Dienst für junge Menschen.

Anstatt echte Reformbereitschaft und Entschlusskraft zu zeigen, damit unsere Gesellschaft moderner, offener und selbstverantwortlicher gestaltet werden kann, führt die Bundesregierung eine Debatte von gestern. Wir sind überzeugt: Die Reformen bei Wehr- und Zivildienst bieten eine große Chance, einer solidarischen Bürgergesellschaft ein gutes Stück näher zu kommen. Es gibt viele junge Männer und Frauen, die sich freiwillig engagieren wollen. Die Nachfrage nach Plätzen für Jugendfreiwilligendienste in allen Bereichen – Soziales, Sport, Kultur, Ökologie, Entwicklungszusammenarbeit – ist höher als das derzeitige Angebot. Diese Bereitschaft zum Engagement wollen wir unterstützen. Wir wollen, dass allen Schulabgängern, die einen Jugendfreiwilligendienst leisten wollen, Plätze angeboten werden. Deshalb sollten die Mittel, die durch den Wegfall des Zivildienstes frei würden, gezielt in den Ausbau der Freiwilligendienste fließen.

Mit diesem Konzept ist auch den Streitkräfte besser gedient. Die Bundeswehr würde neben Spezialisten und Profis auch kluge Soldaten für die Mannschaftsdienstgrade bekommen, die sich dem Prinzip der Inneren Führung verpflichtet fühlen.

3. Fazit

Die Reform der Bundeswehr ist kein Selbstzweck – sie wird von und für Menschen gemacht. Was uns in den zurückliegenden Monaten präsentiert wurde, lässt Besorgnis aufkommen. Da wurden Chancen ergriffen und gleich wieder vertan. Durch überzogenen Aktionismus aber wird Vertrauen und Sicherheit zerstört. Das haben die zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr nicht verdient.